

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Dresden,
Kabin & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Baukonto:
Geb. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt

Belegpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5000.— M. durch die Post bezogen monatlich 5000.— M. unter Streugeld für Deutschland wöchentlich 1750.— M. Einzelnummer 200.— M. Sonnenblumen 800.— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geöffnungszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die Begeleitende Korrespondenz 400.— M. auswärts 500.— M. die Begeleitende Zeitung 1500.— M. auswärts 1800.— Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Erhöhung, Familiengesetz, Sitten- u. Mietgesetze 10 Prog. Robatt. für Gewerbedeleg. 150 M.

Nr. 88

Dresden, Montag den 16. April 1923

34. Jahrg.

Deutsch-nationale Prestige-Politik

Aus der Reichstagsfraktion wird uns geschrieben:

Der zweitägige Meinungs-austausch der belgischen und der französischen Minister in Paris muß den Eindruck erwecken, daß sich die verantwortlichen Leiter der französischen und belgischen Politik mit ihrer Adenauerpolitik im Ruhrgebiet nicht befriedigt fühlen. Während gerade Herr Boinars aus Prestigierücksichten in der ihm nahestehenden Presse immer wieder erklären ließ, daß Frankreich nur zu Verhandlungen bereit sei, wenn Deutschland kapituliert, hat er sich unter dem Druck der belgischen Regierung in dem über die Freitagslösung veröffentlichten Kommunikato zu der indirekten Aufforderung an Deutschland, Vorschläge zu machen, entschieden müssen. Damit ist von vornherein der Vorwand erledigt, daß ein deutsches Angebot eventuell im Ausland als Kapitulation betrachtet werden könnte. Gleichzeitig aber ist der deutsche Regierung die Möglichkeit einer ernsthaften aktiven Politik wesentlich erleichtert worden, denn außer Belgien und Frankreich hat auch die englische Regierung auf indirektem Wege das Verlangen nach deutschen Vorschlägen gestellt, so daß Deutschland nur einem Wunsche dieser Regierungen nachkommt, wenn es sich zu einem Antritt ausdrückt. Beachtlich bleibt, daß weder die eine noch die andre Regierung die Aufforderung mit bestimmten Bedingungen verknüpft. Zwar bestreift das lohe Communiqué der belgischen und der französischen Regierung über die Pariser Sonnenabendigung zum Schluss die Entschließung von Brüssel dahin, daß Frankreich und Belgien die Räumung des Ruhrgebietes und der auf dem rechten Rheinufer neubesetzten Gebiete nicht von einfachen Verhandlungen abhängen machen, sondern sie noch Mahnung der Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen durchführen werden. In Anbetracht der innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs, insbesondere über Belgiens, kann diese Fassung kaum als Bedingung gewertet werden. Sicherlich handelt es sich auch hier lediglich um eine Verhügungspille für die französische öffentliche Meinung, die seit dem Tage des Ruhrabenteuers so manche Enttäuschung erlebt, so oft abbauen mußte, und insbesondere deshalb der Verhügung dringend bedurfte, nachdem die Pariser Presse den Bericht über die Freitagslösung als Kapitulation Frankreichs gegenüber Deutschland ausgelegt hatte.

Leider ist noch der Einstellung der Herren Cuno und Rosenburg nicht damit zu rechnen, daß schon in den nächsten Tagen ein offizieller Vorschlag an die Gesamtentente gerichtet wird. Liegt man die neuverordneten von der deutschen Regierung zur Widerlegung der französischen Behauptung, daß Deutschland während der Pariser Konferenz nicht in der Lage war, ein schriftliches Angebot zu machen, herausgegebenen Antrittsklausur auf Bergmann, die, wenn sie auch von wenig diplomatischem Geschick, so aber doch von dem Willen zur endgültigen Verständigung zeugen, dann kann man die jetzige Haltung des Reichskanzlers und des Reichsausßenministers kaum verstehen. Damals handelten sie vernünftigem, während in der Zwischenzeit diese Vernunft bei ihnen verloren gegangen zu sein scheint. Warum ist hente nicht möglich, wozu die Regierung damals bereit war? Warum ist es ein Ding der Unmöglichkeit, jetzt ein Angebot zu machen, das unter Verstärkung der geminderten deutschen Leistungsfähigkeit im Rahmen der letzten deutschen Pläne gehalten ist? Wenn Cuno und Rosenburg hierfür die Begriffe fehlen, dann tragen dazu im wesentlichen die innerpolitischen Verhältnisse bei. Die Furcht vor den Deutschen nationalen, die Angst, daß ihnen von dieser Seite die Freundschaft gelindigt werden könnte, führt dazu, daß die verantwortlichen Männer des Reiches neben der passiven Resisten auch passive Politik üben.

Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn die Nede des Reichsausßenministers so, wie sie bisher vorbereitet ist, im Inland und Ausland enttäuschen wird. Rosenburg beabsichtigt, in den Mittelpunkt seiner Ausführungen den letzten deutschen Vorschlag für die Pariser Konferenz zu stellen, um an Hand dieses Vorschlags Deutschlands Verständigungsbereitschaft und seinen guten Willen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu beweisen. Ferner will er sich erneut und hauptsächlich auf den Boden der von dem amerikanischen Staatssekretär Hughes vorgelegten Lösungsmöglichkeit stellen, also wiederholen, daß Deutschland bereit sei, seine Leistungsfähigkeit durch ein internationales Finanzkomitee festzustellen zu lassen. Schöne Worte der Verständigungsbereitschaft im anderen Zusammenhang sollen natürlich nicht fehlen, obwohl die Regierung aus der französisch-belgischen Truppe zu entleben, nicht näher bringen, und doch klare Phrasen vor einem großen Teil des deutschen Volkes, insbesondere von der an der Ruhr kämpfenden Arbeiterschaft, nicht als aktive Politik angesehen werden. Der Weg zu einer aktiven Politik wäre, wenn Rosenburg den Mut besaß, zwischen den Hauptpunkten seiner Nede eine Kombination zu finden, und gleichzeitig erklären würde, daß die deutsche Regierung bereit sei, diese Kombination, in ihren Einzelheiten genau erörtert, den Ententemächten zu überreichen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war nie der Hoffnung, daß sich die Reichsregierung entweder auf den Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes als Grundlage ihrer Politik stellen müßt, oder zu einem eigenen

Angebot entschließe. Die maßgebenden Führer der Fraktion, die mit Cuno und Rosenburg mehrfach über die Frage der Außenpolitik verhandelten, haben verschiedentlich darauf hingewiesen, daß eine Kombination zwischen einem eigenen Angebot im Rahmen der letzten Vorschläge und den Plänen des Staatssekretärs Hughes durchaus möglich ist. Mit dem Verlangen, einen deutschen Vorschlag an die Entente zu machen, haben sie jedoch nie die Forderung verknüpft, gleichzeitig durch ein internationales Finanzkomitee ihre Leistungsfähigkeit feststellen zu lassen. Da sich ist eine Kombination zwischen einem eigenen Angebot und dem Vorschlag Hughes ganz erklärlich! Deutschland kann selbst bei der vorliebstigen Abhängigkeit seiner Leistungsfähigkeit die französische Regierung nicht befriedigen. Auch bei dem besten Angebot wird in Frankreich ein Sturm der Entrüstung losgehen, der sich jedoch als sinnlos kennzeichnet, wenn die deutsche Regierung in einem eigenen Angebot gleichzeitig flipp und klar sagt: darüber hinaus sind wir bereit. Deutschlands Leistungsfähigkeit von einem internationalen Finanzkomitee prüfen und feststellen zu lassen.

Da die deutsche Regierung sich weder zu einem positiven Vorschlag bereit erklären will, noch die notwendige Kombination aufzunehmen gedenkt, sondern sich lediglich nochmals auf den Vorschlag von Hughes stellt, so ist es Pflicht der Fraktionssprecher, nochzuholen, was durch deutsch-nationale Prestige-Politik versäumt wird. Die Fraktionssprecher der Sozialdemokratie dürfen das nicht unterlassen. Statt der Regierung, die hierzu verpflichtet wäre, können sie damit trotz der Prestige-Politik der Herren Helfrich und Hergt den Weg zur Bürgerverständigung. Sollte dieser Weg nicht betreten werden, dann kann es zweifellos nur eines geben: Fortsetzung der passiven Abwehr!

Die bairische Ordnungszone

München, 14. April. (Sig. Drahtbericht.) Die vom Staatsgerichtshof zum Schade der Republik gegen die deutsch-schwäbischen Redakteure Eckard und Meyer erlassene Haftbefehl noch nicht bei der Münchner Polizeidirektion eingelaufen. Aber schon fand die „Vaterländischen Verbände“ beim bayerischen Ministerpräsidenten vorstellig geworden, um ihn aufzufordern, die Durchführung des Haftbefehls durch die bayerische Polizei abzulehnen. Ein Minister, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, kam zu dem Ergebnis, daß die bayerischen Ordnungszone verpflichtet sind, nach Eintreffen der Haftbefehle diese auszuführen. Die Münchner Nachrichten und die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei

wenden sich gegen die beiden nicht vor dem Staatsgerichtshof erschienenen Redakteure und warnen davor, den Kontakt über die Spiege zu treiben; der süddeutsche Senat sei von Bayern entlassen werden und möge auch respektiert werden. Dagegen führt der Deutsch-schwäbische Redakteur fort, maßgebende Persönlichkeiten des Reiches und den Staatsgerichtshof zu beschimpfen, ohne daß die bayerische Regierung auch nur das getrostte unternehmen. Er nennt z. B. den Staatsgerichtshof zum Schade der jüdischen Vorrechte“ und „Staatsgerichtshof des Vorortstaates“.

Ludendorffsche Paraden?

München, 14. April. Der Gränische Volksfreund berichtet, daß Ludendorff in Augsburg die Parade über die Organisation Reichsflagge abgenommen habe, wobei neben holzmännigen Knaben auch Reichswehrjungen mitgetan hätten. In einer Ansprache habe der General die Beteiligung von Reichswehrangehörigen besonders betont. Es wäre die Zeit, wo das ganze deutsche Volk aufzutreten werde, um das Land vom Feinde zu befreien und wo wir unser alten Herrscherhaus in guter Sache bald wieder dienen könnten, und wo wir wieder einsteigen würden mit Mut und Mut und Gut fürs Vaterland. Ferner habe Ludendorff am Ostermontag von Schloss Hohenschwangau aus bei Isenheim, Loffenheim und Wimpfheim Paraden abgenommen.

Die Steuerfurcht des Aussichtsratsmitglieds

In den Beratungen des Steuerausschusses des Reichstages hatte, wie wir seither berichtet haben, der demokratische Abgeordnete Dr. Fischer, Köln, den Antrag gestellt, den Besitzstempel bei Güthen nicht nach dem Nutzen wert, sondern nach dem Wert niedriger zu gestalten. Würde dem Antrage nicht stattgegeben, so seien im Gange beständliche Gütenabstrebungen gefährdet, und es erfolge statt der Güten die Bildung einer Interessengemeinschaft. Infolge des Widerstandes der Regierung und infolge der instruktiven Vorsicht aller andern bürgerlichen Mitglieder des Steuerausschusses blieb dieser Vorschlag erfolglos. Die kurze Zeit danach erfolgte Veröffentlichung über die Bildung einer Interessengemeinschaft zwischen den Deutschen Petroleum A.G. und den Rüttelpferwerken A.G. Schafft Alarich, welches Unternehmen Dr. Fischer mit seinem besonderen Hinweis gemeint hat. Dabei wurde auch Alarich darüber geschafft, um welche Steuerabreiche es sich bei Annahme des Antrages gehandelt hätte. Nach Angaben im Berliner Börsen-Courier (Nr. 100) hätte nach geltendem Recht die Abgabe der sich fusionierenden Gesellschaften an das Reich nach den Kurswerten vom 7. Februar 8,1 Milliarden Mark betragen. Anzumerken ist die Angelegenheit in einer hellen Licht gerückt worden. Nach dem Bericht der Frankfurter Zeitung (Nr. 270) über die Generalsammlung der Rüttelpferwerke wurde bei den Wahlern zum Aufsichtsrat als Erfolg für den bisherigen Vertreter der Schaffhauser Gruppe Dr. Hermann Fischer, Köln, gewählt.

Herr Dr. Fischer, Köln, ist daher jetzt Sachses Aufsichtsratsmitglied.

Französisch-belgische Beschlüsse

Räumung nur nach Reparationszahlung

Paris, 14. April. Ueber die Ministerbesprechung am Sonnabend wurde folgender amtlicher Bericht gegeben:

Die belgischen und die französischen Minister am Vormittag erneut zusammen und vereinbarten die an ihre Oberkommissare im Ruhrland und an den General Beauftragten gemeinsam zu erstellenden Weisungen vor. Diese betreffen die Tätigkeit und Überwachung der im besetzten Gebiet eingerichteten gemeinschaftlichen Rechnungsfürämme, die Verwendung der verhängten Geldstrafen, der beschlagnahmten Gelder usw. Beschllossen wurde, daß im besetzten Gebiet beschlagnahmten Waren und anderer Erzeugnisse für die Durchführung der von den Regierungen Frankreichs und Belgiens sowie von deren Staatsbürgern bewirkten Warenbestellungen verwendet werden sollen. Für die Sachleistungen bestellte Waren, die der Beschlagnahme anheimfielen, sollen den Deutschen sofort zugestellt werden. Die überflüssigen beschlagnahmten Waren und andre Erzeugnisse werden von den französischen und den belgischen Behörden veräußert werden. Die Erträge fließen der Kasse der Gläubiger Deutschlands zu und sollen zur Deckung der Abgabestoffen sowie der sonst aus der Rücksicht auf die besetzten Gebiete erwähnten Unfosten dienen. Ein sich ergebender Rest wird der Reparationslaste zugestellt.

Die beiden Regierungen bestätigen den in Brüssel geschafften Beschluss, daß sie die Räumung des Ruhrgebietes und der auf den rechten Rheinufer neubesetzten Gebiete nicht von einer einzigen Verziehung Deutschlands abhängig machen, daß sie diese vielmehr in dem Maße verwirklichen wollen, wie Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nachzummt.

In zwei Wochen soll eine neue Konferenz in Brüssel stattfinden.

Poincarés Propagandabrede

Der französische Ministerpräsident ruft bei und Situation streßlich auf. Während sich die deutsche Regierung zu seinem festen Reparationsangebot aufzuschwingen versucht, ruft Poincaré die ganze Welt gegen Deutschlands „Ablösungsweger“ und „Schuld“ auf und hofft, so der französischen Gewaltpolitik wieder Sympathie. Für das gerissene Treiben der französischen Machthaber ist Poincarés neueste Rede ein Meisterwerk.

Paris, 15. April. Bei Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Dünkirchen erklärte Poincaré, daß sich Frankreich den neuen beobachten Sieg nicht entziehen lasse. Weil Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, und weil wir selbst annähernd 100 Milliarden für seine Rechnung haben zahlen müssen, sind wir zur Vorausnahme geschriften und haben Sanktionen zur Anwendung gebracht. Seit drei Jahren haben wir Geduld gehabt. Das hat uns jedoch nur Enttäuschungen eingetragen. Noch weiter zögern, neue Verschüngungen dulden, Deutschland ohne Bürgschaften die Aufschüttungen zu gewähren, die es fordert, das hätte uns ihr vollkommen ausgeliefert. Wir sind ins Ruhrgebiet eingedrungen, und die De-

schung dieses reichen Bergwerks und Industriegebietes hat uns überzeugt, daß Deutschland und hölde die Stoffen liefern können, die es uns verweigert, denn es hat sich so eingerichtet, daß es die Ruhesche entbehren kann. Wie haben den Beweis erlangt, daß Deutschland in der Lage gewesen wäre, in ausländischen Bezirken zu bezahlen. Verwenden es doch heute einen Teil davon, um Güter zu Auslande auszuführen. Endlich haben wir an Ort und Stelle jene militärischen Organisationen enttarnt und aufzulösen können, die Deutschland schon in Oberelsassien unter dem batzen Titel Schupozei (1) verbarg. Wir haben auch die Gewalt gewonnen, daß, wenn man Deutschland ein zweijähriges Moratorium ohne Bürgschaften gewährt hätte, es noch Ablauf dieser Frist auf unserer Zahlungsverlangen mit einer Verzerrung und einer Herausforderung geantwortet hätte.

Frankreich hält die Pfänder für unerlässlich und will sie nicht gegen einfache Versprechen herabgeben. Es wird nur nach Mahnung der geleisteten Zahlungen sich aus dem Anschluß zurückziehen. Frankreich hat durch sein Vorgehen keine Verfeinerung erzielen. Im Gegenteil, es ist in den Augen aller derer geworden, die Geduld und Entschißlichkeit achten. Selbst England und Amerika, die über die Opportunität der Allianz anderer Ansicht gewesen seien, hätten sich nicht enthalten können, wenigstens die Beweggründe zu billigen und die Berechtigung der französischen Forderungen anzuerkennen. Der Reinigungsbefehl, der sich nunmehr Frankreichs in den Vereinigten Staaten und im britischen Reich vollzogen habe und von dem Vortheil noch in den letzten Tagen Beweise erhalten habe, sei sicher zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß Frankreich es verstanden habe, zu handeln, und daß es jetzt im Handen hätte, was Bonar Law mit Recht die Schlag- oder Deutschlands genannt habe. Wir gebeten jedoch niemand zu erdrosteln, wir haben nur den Wunsch, uns bezahlt zu machen und uns vor einem finanziellen Zusammenschluß zu bewahren. Die Abschaffungen im imperialistischer Bestrebungen, die die deutsche Propaganda gegen Frankreich zu erheben verstanden hat, sind nichts als Durcheinander und Klarereien. Kein verständiger Mensch kann ernstlich glauben, daß Frankreich, das die Menschenrechte proklamiert und das der Volkssozialität den vollkommenen Ausdruck gegeben hat, den tollen Gedanken hat, fremde Völker unter sein Joch zu zwingen und sich Gebiete gegen den Willen der Einwohner anzueignen.

Poincaré wendet sich gegen „die Handvoll Frankreich“, die das Ruhrunternehmen hintertrieben möchten. Sie wurden das auf lange Sicht verbergete Unternehmen nicht fördern. Die Gesamtheit des Landes ist entschlossen, das zu Ende zu führen, was begonnen wurde. Die Aktion wird mit dem vollkommenen Wieder-aufbau unseres beschädigten Departements und mit der Wieder-erhebung Frankreichs enden. Vergleichlich wird Deutschland von uns auch nur eine einzige Minute des Schwanzens erwarten. Bei dem Unternehmen, das erforderlich war und das Frankreich ins Werk gesetzt hat, wird es durchhalten, wie es ohne Gewalt und ohne Propagierung bisher durchgehalten hat. Es wird bis zum Ziel

Euno-Regierung — Farbe bekennen!

Gegen das System der Lüge

Dasselb., 16. April. (Sig. Drähtlin.) Vor 8000 bis 4000 Menschen sprach am Comptoir Genoisse Scheidemann in der Stadthalle über die politische Lage. Im Reichstag wurde Ministerpräsident Nosseck zur Klärung der deutschen außenpolitischen Lage sprechen. Man müsse erwarten, daß er sich klar und unzweideutig über die Lage äußere. Trotz der furchtbaren Lage Deutschlands gibt es im Lande immer noch Brüder, die sich über den Ernst der Lage täuschen hingeben. Daran trägt das System der Lüge die Schuld, das jetzt genau so wie während des Krieges von gewissen Berliner Zentralestellen unterhalten wird. Wie verlangen von der Regierung Euno eine aktive Politik. Wir haben nicht die Absicht, den Nationalisten das Material für eine neue Dolchstichlegende zu geben, erwarten aber trotzdem von der Regierung, daß sie sich in der kommenden außenpolitischen Debatte im Reichstag einmal klar und deutlich darüber ausspricht, wie sie sich das Ende des Nationalsozialismus vorstellt.

Es kann keiner Regierung gestattet sein, in einer Zeit, da das Volk seine besten Kräfte in einem Kampf vor ihrer Abwesenheit aufschöpft, eine passiv Politik zu betreiben. Wenn unter Abwehrfaß gegen Frankreich nur passiv sein kann, so muß mindestens die Politik der Regierung aktiv sein. Uns hilft kein Gott und kein Wunder. Wir müssen uns mit unserer Verantwortungslosigkeit helfen. Durch die Hoffnungslosigkeit unserer Konferenz verstreicht kostbare Zeit und es droht die Gefahr, daß sich die Entente wieder verständigt und Frankreich und Belgien mit England einen Vertrag unternehmen, die Macht durch ein neues Ultimatum an Deutschland zu lösen. Wir sehen, wenn Macht und Macht ihre Herrschaft antreten, die Möglichkeit, das Nationalsozialismus zu Ende zu führen, ohne jedoch dieses Ende unter allen Umständen zu wollen.

Die Regierung Euno soll einen Weg einschlagen, der eine

wirtschaftliche Verbündigung ermöglicht und wenn dann unter Segen nicht mit uns verhandeln wollen, haben wir nichts verloren.

Im Gegenteil wird das deutsche Volk dann seinen Kampf passiver Wehr mit erhöhter Energie weiterführen. Die Verständigungs-

möglichkeiten werden heute, wie während des Krieges, von den Nationalisten sabotiert. Die deutsche Arbeiterschaft ist die

reale Kerntruppe des Widerstandes gegen Frankreich. Deshalb

muss für die Regierung bei Lösung der außenpolitischen Krise in

erster Linie die Einstellung der Arbeiterschaft maßgebend sein.

Das Ende der Eisenbahndebatte

Der Reichstag beendete am Sonnabend die zweite Verhandlung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums. Reichsminister Breuer antwortete auf die erste Reihe der Parteidreden. Sein Vortrag war außerordentlich schwach. Er dankte den Eisenbahnherrn für ihr Aushalten am Rhein und an der Ruhr und versprach, daß in der Fürsorge für die Opfer des Abwehrkampfes alles mögliche geschehen solle. Es sei alle Aussicht vorhanden gewesen, das Jahr 1922 im Bereich der Reichsbahn ohne Fehlbetrag abzuschließen. Die Aufsicht habe das leider unmöglich gemacht. Nach wie vor werde es aber das Bestreben der Reichsbahn sein, im Sinne der Reichsverfassung mindestens die Selbstlosen des Betriebes zu denden. Der Minister wandte sich dann noch gegen die Überempfindlichkeit in Bohern, wo gewisse Kreise bei jeder Reibungsübung eines Reichsministeriums böse Willen voraussehen.

Nach einem Zwischenspiel des deutschösterreichischen Abgeordneten Sülle, der Herrn Groener sehr zu Unrecht für einen verkappten Sozialdemokraten hält, scheint, hält unser Genosse Breuer in einer gründlich in den Statat eindringende Rede, Er erlangte, daß die im Kongress befindliche Modernisierung der Eisenbahn-Mittel fortgesetzt wird. Die beschleunigte Entwicklung von Arbeitern und Angestellten führt zu kostspieligen Betriebschwierigkeiten. Es müsse bei Entlassungen mit großer Sorgfalt vorgenommen werden. Die Betriebs- und Beamtenräte seien durchaus bemüht, das Unternehmen in die Höhe zu bringen. Die Methoden der Personalpolitik müßten gerecht, klug, ruhig und Stetigkeit sein. Das Geschäft vieler bürgerlicher Politiker nach einem Tarifabkommen sei unerhörlich. Die Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn sei abhängig von der Preispolitik der Schwerindustrie, die das Material untermessen verteuert. Man sollte sich gegen die Preisabilität der nationalen Rädchen wenden. Hinter dem Gezeter des deutschen Nationalen Rädchen über Personalüberschuss verbirge sich nur die Sehnsucht nach der Abschaffung des Arbeitsschutzes.

Eingehend wies Genosse Breunig noch, daß in den Lohn- und Gehaltsverhältnissen der Eisenbahnarbeiter und -angestellten die verschwundene Mittelposition mit den Einkommenssummen in der vergleichbaren Industrie vorhanden seien. Auch müßten die Betriebs- und Betriebsbeamten im Aufgeld Dienst anders eingestuft werden. Die Spannung zwischen den Lohn- und unteren Gehaltsklassen und den höheren Gehältern sei höher, als man in einer Zeit rechtfertigen könnte, wo die breiten Schichten des Reichsbahnpersonals unter dem Bruttominimum arbeiten. Genosse Breunig erklärte, der

Maximiliane Bleibtreu †

Maximiliane Bleibtreu, die die Theatergäste des Schauspielhauses schon seit längerer Zeit ständig als kanz vermieden, ist, wie uns von der Verwaltung des Staatstheaters mitgeteilt wird, heute gestorben. Sie wurde am 2. August 1870 in Freiburg in Ungarn geboren und war eine Schwester der bekannten Wiener Burgtheaterin Hedwig Bleibtreu. An die Sächsische Landesbühne, damals noch Hoftheater, kam sie am 1. September 1898, und ging nach fünf Jahren nach Wiesbaden, kehrte aber August 1918 an das sächsische Schauspielhaus zurück, dessen Verband sie bis zu ihrem Tod angehört hat. Ihr Rollentypus war weit; scharfe Charakterzeichnung und ein Humor, der sich in der liebenswürdigen Gesellschaftsmodestie in der beiden Vorlese gleichzeitig ausdrückt, war ihre Stärke. In größeren Rollen haben wir sie in leichter Zeit in "Mörsch - Improvisationen im Juni" (Kirstein), in "Shakespeares Romeo und Julia" (Amme), und in Webers "Liebesdruck" (Amme, ehemalige Trapezstünkelin). Das Schauspielhaus hat mit Maximiliane Bleibtreu eine vorzüchliche, beim Dresdner Publikum sehr beliebte Darstellerin verloren.

Konzerte
Die Arbeitsräterschaften belägen sich nicht nur selbst aktiv in der Musik schreie, sondern versäumen auch nicht, durch Konzerte ander Art, als sie zu geben in der Lage sind, den künstlerischen Horizont zu erweitern. Wenn sich der Verein Volkschor, Neustadt, für jungen den Kammerländer Rüdiger oder der Verein Neustädter Germania jetzt den Baritonisten Binnert kommen läßt, der Mitgliedern den ganzen Abend Bilder und Balladen von Schubert, Schumann und Löwe vorlängt, so bedeutet das sogar ein Neues gegenwärtig erlebt worden bei den Arbeitsräterschaften nicht die geringste Abschärfung. Die Neuorientierung ist also lediglich als erfreuliche Erweiterung anzusehen. — Erfreulich war auch das Konzert des übervereins Dresden-Neustadt im Palmenhof. Nicht nur, daß man dem unter Albert Fleischigs Leitung stehenden Orchester das beste Zeugnis für Zusammenspiel aufstellen kann — das geht wieder statt vertriebene Volksinstrument, die Zither, ein — das ist auch zu guter Düssel erachtet —, sondern man hatte an einer Sonderfreude, indem man einen prächtig melodischen französischen Gesang kennen lernte: "Der Hirt auf dem Felsen", für Kran, Klarinette und Flöte, den Konzertängerin Katharina Hoffmann, Kammermusikus Erwin Richter und am Klavier Alexander Fleischig so frisch verlebendigten, daß die verhöhnte Ziffer selbst den Ruhm des Publikums nach Wiederholung stark erhöhte. Er wurde auch erfüllt.

Rundgebung der Bergarbeiter

Bielefeld, 14. April. (Sig. Wiedlung.) Am 13. und 14. April trat in der Bienenhütte zu Bielefeld die Reichskonferenz des Gewerkschaftsbundes und der Bezirksteile des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands zusammen, um zu der wirtschaftlichen Entwicklung und den aus der Entwicklung des Ruhrgebiets sich ergebenden Fragen Stellung zu nehmen. Nach längeren Verhandlungen wurde die nachstehende Resolution einstimmig an-

genommen:
"Die am 13. und 14. April 1923 in Bielefeld tagende Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands stellt statthaftig und die Haltung des Verbandsvorstandes anstimmend hinter den passiven Abwehrkampf der Bewohner an, Ruhr und Rhein und befürwortet den ungebrochenen Willen, freudiger Willkür und brutaler Gewaltanwendung sich nicht zu beugen. Von der Auffassung ausgehend, daß die heute zwischen den Völker stehenden Fragen nur nach sachlich wirtschaftlichen Gründen und nicht politisch-militärisch gelöst werden können, verurteilt die Konferenz mit dem Gefühl tiefer Abscheu den Überfall französischer und belgischer Truppen auf eine friedliche, arbeitsame Bevölkerung; sie weiß daher auch schon weit jeden Gedanken von sich, durch welche von dem bisher erfolgreich angewandten Abwehrmittel die grausame Gefahr einer blutigen Auseinandersetzung herauftauchen könnte.

Um den jahrelang gewaltigen Völker Europas den Frieden wiederzugeben, erachtet es die Konferenz der Bergarbeiter für eine helle Pflicht des Regierungen, keine Gelegenheit zur Unabhängigkeit einer friedlichen Vereinigung ungenutzt vorübergehen zu lassen. Sie glaubt, daß die Macht und die Geschichte der Regierung, die als erste diesen Weg sucht und beschreitet, diese Tat nicht als ein Eingeständnis der Schwäche, sondern als Zeugnis innerer Stärke und tiefer Einsicht deuten wird. Die Bergleute wissen, daß der Weg zum Frieden schwerste Opfer an Leben und Gut aller Teile unseres verarmten Volkes führt, wie auch sie durch weberharte Überarbeitung des ethischen Erfahrungsbefreiung Deutschlands tatkräftig unterstützt haben. In der Erkenntnis, daß es nach Jahren harter, aber freier Arbeit aller Volksgenossen möglich sein wird, Kosten aus dem verlorenen Kriege abzutragen, deren Schwere nicht durch einseitiges Denken bestimmt ist, wendet sich die Konferenz an die deutsche Regierung mit dem Geschäft, die internationale Grärtung zu stellen."

beide Partei an die Eisenbahner sei gerechte Behandlung, ausreichende Bebildung und Repräsentation ihrer beruflichen Wünsche. — Die Aussprache setzte sich dann noch bis in die späten Abendstunden fort, beschäftigte sich aber meist mit technischen Nebendingen.

Unter den vom Reichstag angenommenen Entscheidungen befindet sich eine, die die Reichsregierung erachtet, die Freiheit für Kinder bis zum 6. Lebensjahr, die Kinderfahrt vom 10. bis 12. Lebensjahr einzudringen.

Die Justiz der Republik

In Heidelberg hat sich am Tage der Beisetzung der Ehemaligen Opfer ein politischer Prozeß abgespielt, dessen Urteil wieder einmal dadurch gekennzeichnet wird, daß diejenigen, die für die Republik eintreten, verurteilt werden, daß aber derjenige, der die Republik verhöhnt, sich auch die dreiste Verhöhnung des Reichsgerichts gestattet darf und dennoch unbedingt bleibt. An der Universität Heidelberg wirkt als Professor Professor Lenard, bekannt als Wissenschaftler, aber ebenso bekannt als völlig verbohpter und fanatischer Antisemit und Monarchist. Was tat er am Tage der Beisetzung Rathenaus? In Heidelberg herrschte wie überall Arbeitsschluß. Entsprechend den Anweisungen der Regierung hatte der Senat der Universität Heidelberg angeordnet, daß ihre Gebäude geschlossen flaggen und von 2 Uhr an jedes Lehrtage unterbleibt. Aber auf Lenards Physikalischen Institut, das weit hin sichtbar am Berge liegt, wehte keine Flagge; der deutschösterreichische Professor hielt überwesentlich entgegen der Anordnung des Senats Neubau ab. Das sprach sich rasch herum. Ein Teil der feiernden Arbeiterschaft sammelte sich vor dem Gebäude an, worauf Lenard seinen Studenten die Untersetzung gab, aus zwei Studenten die Menge mit Wasser zu überfluteten, da ihm dafür die Schläuche ein Jahr erwünschter und brauchbarer Vorrat der Feuerlöschereinrichtung des Instituts zu sein schienen". Natürlich reizte dieses Vorgehen die republikanische Arbeiterschaft. Ein gewisse Menge drang in das Gebäude ein. Lenard wird im Juge zum Beverbefehlshaus gebracht, ihm jedoch dabei sein Haar gekämmt. Die böhmisches Oberstaatsanwaltschaft kündigt danach öffentlich einen Prozeß gegen Lenard an und sucht Zeugen des Vorfalls. Doch mußte diese Aussagen zu Prototyp gegeben haben, droht sie den Spieß um und vertreibt die Aussagen der Zeugen zu einem Prozeß gegen sie selbst. Und tatsächlich hat es ein Heidelberger Gericht jetzt fertiggebracht, diejenigen, die bei jenem Vorfall ihre ganze Ver-

Schauspielhaus. In leichter Zeit ist wiederholt ein verspäteter Beginn der Vorstellungen unvermeidlich geworden, da an der Abendstafette ein so starker Andrang war, daß bei völlig pünktlichem Anfang unweigerlich störungen und Unzulänglichkeiten eingetreten waren. Außerdem aber beschwert sich über den verspäteten Beginn mit gutem Grund das rechtzeitig erschienene Publikum. Es werden deshalb alle Theaterbesucher, die ihre Eintrittskarte erst an der Abendstafette lösen, dringend gebeten, angeholt der überaus lebhaften Nachfrage sich nicht erst in der letzten Minute, sondern mindestens 1/4 Stunde vor Anfang der Vorstellung an der Kasse einzufinden, damit eine ruhige und rechtmäßige Abwicklung des Kassenhäufes möglich ist.

Vollwohlabende. Die nächsten Vollwohlabende bieten bis zum 19. April weitere Biederabende von Hans Rüdiger, zu denen noch Eintrittskarten in der Vollwohlglockenscheune und an der Abendstafette erhältlich sind. Am 23. April ein Bieder- und Alabierabend von Millie Stephan und Paul Kron, am 24. April ein Märchen- und Legendenecho von Jenny Schäffer und Otto Bernstein, am 26. und 28. April: Richard-Wagner-Abend mit Kammerjünger Otto Bernstein, Werner Engel bzw. Kammerjünger Fritz Vogelstrom. Am 30. April folgt als Schlusskonzert (außer Abonnement) ein Mozart-Abend der Staatskapelle unter Leitung des Generalmusikdirektors Fritz Giese.

Literarischer Verein. Mittwoch (17.), kleiner Saal der Kaufmannschaft. Dr. Georg Büttner: Neues vom Röbelungenlied. Abschließend Hauptversammlung.

Videant consules!

Die Zeit der Huben, Möller und der Rellen kam, Gott sei Dank, schon längst aus der Balance! Wie unter Welt die Beste aller Welten, ist unsere Zeit die Zeit par excellence.

Woß hör' ich's, doch mit jedem meiner Lieber hab' ich den düsteren Schrein auf den Thron: Die Seiten der Kaiser lebten wieder, Und ihre Heile schärf' die Reaktion! Erno Holz. (Aus dem "Sack der Zeit".)

sich einsetzen, um beruhigend auf die erregten Gemüter zu wirken, zu Strafen von 3 bis 5 Monaten zu verurteilen. Der einzige Schuldbige in der ganzen Angelegenheit, Professor Lenard, geht frei von dannen.

Welch Geistes sind diese deutschösterreichische Bierre der Universität Heidelberg II, beweist sein Protest bei der schweizerischen Akademie der Wissenschaften gegen die Verleihung des Nobelpreises an Einstein. Lenard bedauerte u. a. daß die Akademie „nicht genügend starke germanischen Geist“ hat aufzutragen, um der Täuschung der Einsteinischen Theorie zu entgehen". Deutschösterreichischer Vorwurf ist, daß Lenard ganz besonders berufen. Er selbst ist in Ungarn geboren, sein Vater war ein Südtiroler italienischer Abstammung namens Lenard. Das Heidelberger Gericht glaubt, über diesen Professor die schügenden Rüttel breiten und den Republikanern der Spieße, dem Rücken der Republikanischen Studentenschaft, eins auszuwirken zu müssen. Das Reichsgericht wird die Aufgabe haben, den Rechtsbegriffen des Volkes Rechnung zu tragen. Hinter den formal Verurteilten — ein Studenten Ritterndorff, dem Schlosser Hobelz und dem Tagelöhner Wacker — steht nicht nur die republikanische Studentenschaft, sondern die meisten Schichten des deutschen Volkes. Der wirklich Verurteilte ist und bleibt der deutschösterreichische Professor.

Kleine politische Nachrichten

Das Urteil gegen den bekannten Pädagogen Dr. Wyneken, der wegen Sittlichkeitsvergehens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, ist, wie gemeldet wird, durch Beschluss des bürgerlichen Staatsministeriums aufgehoben worden. Eine große Anzahl von Pädagogen, ferner Männer des öffentlichen Lebens und Eltern von Wynekens Schülern hatten die thüringische Regierung um Aufhebung ihres Amnestierechtes in einer Reihe von Eingaben gebeten, denen jetzt Rechnung getragen wurde.

Württemberg lehnt die Bezahlung einer Kriegsentschädigung ab, erklärt der in Paris weilende griechische Außenminister für die Auseinandersetzung mit dem Alianzen. Griechenland habe an die Türkei ebenso hohe Entschädigungsansprüche, wenn nicht höhere, zu stellen. Die griechische Regierung würde es vorsiehen, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, als die Übernahme hoher Entschädigungsverpflichtungen auf sich zu nehmen.

Die feindselige Stimmung zwischen den Hindus und Moslems in Amritsar (Indien) wegen der Frage der religiösen Propaganda führt zu ernsten Zusammenstößen, wobei es zwanzig Verwundete gab. Militär stellte die Ordnung wieder her.

Aus aller Welt

Schweres Flugzeugunglück auf dem Tempelhofer Feld

Berlin. Das Tempelhofer Feld soll bekanntlich Berlin-Dessauflughafen werden. Um die weite Öffentlichkeit für dieses Projekt zu interessieren, hatte Stadtbaurat Dr. Adler zusammen mit den Luftreedereien Aero Lloyd und den Junkerswerken die Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, der Post, des Handels und der Industrie am Sonnabend zu einer Besichtigung mit anschließendem Rundgang über die weitere Umgebung Berlins eingeladen. Mehrere Flugläufe waren glatt verlaufen, als gegen 12.15 Uhr das Flugzeug D 28 vom Aero Club unter Führung des Piloten Roel aufstieg, um mit drei Fluggästen einen Rundflug anzutreten. Der Flug verlief glatt und programmmäßig. Als das Flugzeug jedoch zur Landung näherte, wollte es unmittelbar über dem auf dem Tempelhofer Feld gelegenen Waldchen landen, stürzte es anscheinend in einer Kurve jedoch ab. Die Verunglückten befanden sich in einer außerordentlich ungünstigen Lage in dem vollkommen zerstörten Flugzeug. Nur mit größter Mühe gelang es, die Überlebenden unter den Trümmerhügel zu hervorholen. Die drei Fluggäste sind noch am selben Tage gestorben. Der Oberberichts- und Verkehrsinspektor bei der Straßenbahn Otto v. Meissini aus Schöneberg erlag in später Nachmittagsstunde seinen schweren Verletzungen; Verwaltungsdirektor Voigt starb wenige Stunden nach seiner Einlieferung ins Urban-Krankenhaus; der Stadtverordnete Pöller mußte sich einer komplizierten Operation unterziehen, doch konnte man ihn nicht retten, ein schwerer Schädelbruch führte in den Nachmittagsstunden seinen Tod herbei.

Auf der Nobrenbahn getötet wurde bei dem Großfeuerrennen auf dem Wainzer Sportplatz der junge Motorfahrer Bernhard, der von der Maschine des mit großer Geschwindigkeit vorüberfahrenden Mannjägers Krappi erfaßt zu Boden geschleudert und auf der Stelle getötet wurde. Der Mannjäger erlitt mehrere Schenkeldrüse.

Verhängnisvolles Flugzeugunglück. Am Donnerstag fiel ein über der Stadt Kelau freies Flugzeug auf ein Haus, durchbrach das Dach und fiel in eine Wohnung, wo ein Arbeiter geflüchtet; drei Personen wurden schwer verletzt. Der Pilot des Flugzeuges landete sofortigen Tod. Der Beobachter sprang aus dem Flugzeug in den Hof eines Nachbarhauses und landete gleichfalls den Tod. Das Haus, auf das das Flugzeug niederging, fing Feuer. Nach längeren Bemühungen konnte die Feuerwehr den Brand löschen.

Der Dollar 21.097,12

Berlin, 16. April. (Amtlich.)

	16. 4.	16. 4.	16. 4.	16. 4.
Amssterdam . . 1 Gulden	8240,92	8280,68	8240,92	8280,68
Buenos Aires 1 Peso	7805,71	7784,29	7715,16	7751,84
Norwegen . . 1 Krone	8775,58	8794,47	8775,58	8794,47
Dänemark . . 1 Krone	8972,54	8992,46	8975,08	8994,97
Schweden . . 1 Krone	5683,45	5631,55	5683,45	5681,85
Helsingfors . . 1 fin. Mark	594,28	578,23	578,05	580,65
Belgien . . 1 Franc	1210,92	1223,05	1211,98	1218,04

Montag den 16. April 1923

Gewerkschaftsbewegung

Eine gefährliche Spielerlei

Die Metallarbeiterzeitung (Nr. 18 vom 31. März 1923) beschäftigt sich in einem Artikel mit der Einigungsfahrt der Gewerkschaftspresse. Sie geht darin davon, dass breit ein Dukus oder mehr Gewerkschaftsblätter in Seitenzahl und Auflagegröße bis zum Einheitsblatt zusammengekämpft seien. Aus dem Wochenschatz sei eine Harmonieabkommen gekommen, aus dem die Seiten seien es vier oder gar nur zwei Seiten geworden.

Dass so gefährliche Spielen es ist, führt weiter die Metallarbeiterzeitung an, auf die politische Arbeiterspreche zu verzichten. Sie schreibt dazu: "Ganz anders, sehr schlimm sieht es mit der Presse, deren Bezieher die großen Leidtragenden der Teverierung sind, mit der Arbeiterspreche. Obwohl sie mit der Erhöhung des Belegschaftspreises hinter den meisten bürgerlichen Zeitungen zurückgestanden ist, ist es für eine wachsende Zahl von Arbeitern einfach unerträglich geworden, um dem Blatte treu zu bleiben, nun sich mehrere Arbeitsschriften zu gemeinschaftlichem Bezug zusammen. Ein Novize, der über kurz oder lang auch noch zu teuer sein wird, muss abtreten davon, dass er für die Arbeiterspreche eine empfindliche finanzielle Einbuße darstellt. Und das in einer Zeit, wo es mehr denn je Macht und Verbreitung braucht, um ihre Stellung in der Öffentlichkeit und der Realität gegenüber zu behaupten. War mancher Arbeiter noch meinte, dass es auf ihm, den einzigen, doch wohl nicht ankomme, oder er möglicherweise wegen der Abschaffung der Zeitung mit dem Prinzip befreit würden, dass er ausreichend für leidliche Rührung sorgen müsse. Dagegen ist zum ersten zu sagen, dass wenn alle Arbeiter so denken, ihre Freiheit halb fehlen oder mehr habe; zum andern ist zu erwarten, dass sich Bemühungen zu dem Verzicht auf das Arbeitersblatt sehr bald der Zweck fügt, auf einen Teil der leiblichen Rührung zu verzichten. Die Arbeiterszeitung abzuschaffen heißt für den Proletarier die bereits Besitzerin seines Lohnes, seines Berufes, seines Wohnsitzes und Freiheit aufzugeben, heißt den Tag der Widerbung der Obrigkeit auf Santa Nimmlein verlässt. Der Verzicht auf die Arbeiterspreche ist eine überaus kostspielige, gefährliche Spielerlei. Was bedroht den Arbeiter erstaunt, hat er über kurz oder lang doppelt und dreifach am Lohn oder für die Teuerung zu zahlen. Wegen unsrer Genossen alle Arbeiter und Angehörige in den Betrieben auf diese Auslastungen aufmerksam machen."

Die örtlichen Sonderzuschläge

Die Verhandlungen über die Neuregelung der örtlichen Sonderzuschläge für die Beamten haben im Reichsfinanzministerium begonnen. Die Regierung gab ein allgemeines Egoist über die Art, in der sie die Maßnahmen zunächst durchführen will. zunächst soll im bestreiten Gebiet, im neuen Einbruchsgebiet und in den angrenzenden Gebieten allgemein eine Erhöhung der örtlichen Sonderzuschläge vorgenommen werden. Gleichzeitig soll in gewissen Umfang dann noch eine Korrektur der bisherigen Einstellung des Ortes des bestreiten Gebietes erfolgen. Für das nicht-bestreite Gebiet Deutschlands beschäftigt die Regierung hauptsächlich die Grenzgebiete zu regeln, also die böhmisches Grenze, die holländische Grenze, die Saargrenze und die schweizerische Grenze, jenseit der tschechoslowakischen Grenze. Was sonst im Innernlande des nichtbestreiten Gebietes geschehen soll, beschränkt sich auf einige wenige Großstädte und deren Vororte. Die Erhöhung der Zulage soll in den westlichen Gebieten in der Hauptstadt einen Zugleich gegenüber den Arbeiterschichten bringen, während im nicht-bestreiten Teil des Reiches die Regierung nur die allgemeinen Teuerungsverhältnisse berücksichtigen will und dort nicht die Zulagen auf die Arbeitsschichten abstellen will.

Die Organisationen haben diese allgemeinen Umrisse von der Regierung entgegenommen und verlangt, dass ihnen ein schriftlich ausgearbeiteter Entwurf darüber gezeigt werden soll. Die Verhandlungen sind darauf auf Donnerstag verlegt worden.

Die sächsischen Staatsbeamten und der freigewerkschaftliche Gedanke

Der Bund Sächsischer Staatsbeamten steht am 14. und 15. April in Chemnitz seinen 6. Bundestag ab. Die Tagung bedeutet einen Meilenstein in der Geschichte des Bundes und der sächsischen Beamten und einen Sieg der freigewerkschaftlichen Idee. Wir berichten über die Tagung noch ausführlicher.

Protest der Reichs-, Staats- u. Gemeindebeamter

Mit dem Ergebnis der letzten Gehalts- und Lohnregelung in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigen sich am 10. und 11. April in Dresden stattgefundenen Mitgliederversammlungen des Verbandes der Gemeinde-, und Staatsarbeiter, des Deutschen Verkehrsverbundes und des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

In den überaus hart besuchten, zum Teil überfüllten Versammlungen kam der berechtigte Unwill über das ungerechte Ergebnis spontan zum Ausdruck.

Noch eingehender sachlicher Aussprache wurde nachgehende Entschließung einstimmig angenommen:

"Die am 10. und 11. April 1923 versammelten und in dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, des Deutschen Eisenbahnerverbandes organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten der Gemeinde-, Staats- und Reichsbetriebe nehmen mit Entzürfung Kenntnis von dem Verhandlungsergebnis der Spartenorganisationen mit der Reichsregierung. Das Ergebnis spricht von seinem Verständnis für die Lage der erwähnten Beschäftigungsgruppen, trotz der Tatsache, dass die in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen Beschäftigten in der letzten Zeit mit ihren Bezügen weit hinter der Teuerung zurückgeblieben sind, reichen die zur Auszahlung kommenden Summen nicht einmal zur Deckung der inzwischen unbedingt notwendig gewordenen Aufschlungen aus. Sodann mag aber wieder zu den Bedenken bezüglich geäußert werden.

In den Industriekammern spiegeln sich auch eingerahmene Teuerungsverhältnisse wieder. Die Kammern verlangen deshalb von der Reichsregierung, den Lohnverhältnissen in dem Maße Rechnung zu tragen, dass der im hiesigen Staate vorhandene Unterschied zwischen den Löhnen der Reichsarbeiter und denen der Industriearbeiter bedient verschwindet, indem ähnlich wie im alten Deutschland für die örtlichen besonderen gelagerten Verhältnisse Extrazulagen gewährt werden, um so einigermaßen die Angleichung an die Industrielöhne zu finden.

Die Reichsregierung hat bisher Wert darauf gelegt, Ruhe unter der Arbeitnehmerherrschaft aufrechtzuerhalten. Die lebte und lebte Regelung trägt aber zu der Annahme bei, als ob die Reichsregierung einen Konflikt wünsche. Es ist nicht einzusehen, dass die notwendige Erhöhung der Gehälter und Löhne die Stabilisierungsaktion der Regierung gefährdet. Wenn sie kann eine betätige Aktion — die von der Arbeitnehmerherrschaft begleitet wird — auf ihren Schultern durchgeführt werden. Seit der letzten Regelung hat sich der Dokumentum nicht geöffnet, ebenso nicht die allgemeine Breitbewegung. Die Verhandlung wendet sich gegen die weitere Einschränkung der Kaufkraft; Eine Fortdauer der Lebensgewohnheiten in andern Kreisen ist aber nicht zu bemerken.

Die Organisationen lehnen es ab, das unverantwortliche Verhalten der Reichsregierung den Städten gegenüber zu bestätigen, sie haben aber Verantwortung genug, die Reichsregierung auf die Verhinderung der Arbeitnehmer, auf die platzgreifende Arbeitslosigkeit aufmerksam zu machen und zu warnen, diesen Protest nicht beiseite zu legen, sondern in den allerhöchsten Tagen zu einer Verhandlung mit den Spartenorganisationen zu kommen."

Die Organisationen werden bestrebt, diese Entschließung den Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten zu übermitteln.

Käufchungsmanöver

In diesen Tagen wirkt die bürgerliche Presse über eine Besprechung im Reichsministerium zu berichten, in der man übereingekommen sein soll, dass die Käufchungsaktionen an die Beamten keinen Anlass zu einer weiteren Steigerung herstellt. Es gibt an, dass breit ein Dukus oder mehr Gewerkschaftsblätter in Seitenzahl und Auflagegröße bis zum Einheitsblatt zusammengekämpft seien. Aus dem Wochenschatz sei eine Harmonieabkommen gekommen, aus dem die Seiten seien es vier oder gar nur zwei Seiten geworden.

Dass so gefährliche Spielen es ist, führt weiter die Metallarbeiterzeitung an, auf die politische Arbeiterspreche zu verzichten. Sie schreibt dazu: "Ganz anders, sehr schlimm sieht es mit der Presse, deren Bezieher die großen Leidtragenden der Teverierung sind, mit der Arbeiterspreche. Obwohl sie mit der Erhöhung des Belegschaftspreises hinter den meisten bürgerlichen Zeitungen zurückgestanden ist, ist es für eine wachsende Zahl von Arbeitern einfach unerträglich geworden, um dem Blatte treu zu bleiben, nun sich mehrere Arbeitsschriften zu gemeinschaftlichem Bezug zusammen. Ein Novize, der über kurz oder lang auch noch zu teuer sein wird, muss abtreten davon, dass er für die Arbeiterspreche eine empfindliche finanzielle Einbuße darstellt. Und das in einer Zeit, wo es mehr denn je Macht und Verbreitung braucht, um ihre Stellung in der Öffentlichkeit und der Realität gegenüber zu behaupten. War mancher Arbeiter noch meinte, dass es auf ihm, den einzigen, doch wohl nicht ankomme, oder er möglicherweise wegen der Abschaffung der Zeitung mit dem Prinzip befreit würden, dass er ausreichend für leidliche Rührung sorgen müsse. Dagegen ist zum ersten zu sagen, dass wenn alle Arbeiter so denken, ihre Freiheit halb fehlen oder mehr habe; zum andern ist zu erwarten, dass sich Bemühungen zu dem Verzicht auf das Arbeitersblatt sehr bald der Zweck fügt, auf einen Teil der leiblichen Rührung zu verzichten. Die Arbeiterszeitung abzuschaffen heißt für den Proletarier die bereits Besitzerin seines Lohnes, seines Berufes, seines Wohnsitzes und Freiheit aufzugeben, heißt den Tag der Widerbung der Obrigkeit auf Santa Nimmlein verlässt. Der Verzicht auf die Arbeiterspreche ist eine überaus kostspielige, gefährliche Spielerlei. Was bedroht den Arbeiter erstaunt, hat er über kurz oder lang doppelt und dreifach am Lohn oder für die Teuerung zu zahlen. Wegen unsrer Genossen alle Arbeiter und Angehörige in den Betrieben auf diese Auslastungen aufmerksam machen."

Betrücksätzversammlung

Nächster Mittwoch (18. April), abends 7 Uhr, spricht im Vereinshaus, Bismarckstraße, in einer von den drei frei-gewerkschaftlichen Gewerkschaften einberufenen Versammlung der Betriebsräte und Betriebsaufsichtsleute des Fabrikanten der Essener Arbeiterzeitung, Genosse Hammacher, Essen, über:

Unabhängig und Arbeiterschaft.

Gerade die letzten Ereignisse im Ruhrgebiet geben an dieser Versammlung Veranlassung. Es ist zu erwarten, dass der Referent ein Bild über die tatsächlichen Verhältnisse und die Auffassung der Arbeiterschaft dazu zu geben in der Lage ist.

Wir nehmen an, dass alle Betriebsräte bzw. Funktionäre an einer solchen Aufführung auf das lebhafte Interesse sind. Als Ausweis gilt die Betriebsräte für den Studiengang als Betriebsmann einer freigewerkschaftlichen Organisation.

Was einer Lehrlingsküsterei

Was von uns in den Sonnabendnummern unter dieser Lehrlingsküsterei gebrachte Notiz geht von dem Sohn des Küstlermeisters Seibt, Herrn Georg Seibt, eine Verstärkung zu, die von uns gebrachte Darstellung bestreitet. Vater und Sohn hätten sich am 11. April in dem der Werftstelle gegenüberliegenden Restaurant über geschäftliche Dinge ausgetauscht, von einer Hebung des Wissenskunstes keine Rede sei. Er, der Sohn, sei 2½ Uhr auf Geschäft des Vaters in die Werkstatt gegangen. Dort habe er sich zunächst mit dem ältesten der sieben Lehrlinge unterhalten und dann erfragt, wer in der Abwesenheit des Meisters die Zeitung habe, worauf ihm von dem ältesten Lehrling mit „ich“ geantwortet worden wäre. Gleichzeitig habe ihm dieser Lehrling aber auch gesagt, dass „der Herr vorne diente, er sei der Herr im Hause“ und die Kündigung immer gleich vor der Türe abstehe. Daraufhin habe er (der Sohn) den betreffenden Lehrling zur Rede gestellt. Dieser habe ihm jedoch unglücklich geantwortet, worauf er dem Lehrling gesagt habe, dass er ihm in Wiederholung eine Ohrfeige geben würde. Der Lehrling sei allerdings schneller gewesen und habe noch ihm mit dem geraden in der Hand befindlichen Hammer geschlagen, so dass sich noch keine Spuren am roten Auge und an der Wange zeigten. Gilt dann hier er dem Lehrling die Ohrfeige gegeben, dieser sei daraufhin fortgerannt und habe sich an einer Hobelbank und gleich hinterher an der Eingangstür gestoßen.

Es steht hier Behauptung gegen Behauptung. Der Lehrling ist bei der Schilderung des Falles eingehend ermahnt worden, nur die Wahrheit zu sagen, so dass wir annehmen müssen, seine Angaben stimmen. Wenn der Sohn des Meisters den Fall jetzt anders darstellt, so wird eine reelle Klärung der Angelegenheit wohl erst das von den Eltern des Lehrlings eingeliehenen Gerichtsverfahren erbringen.

Ein zeitgenössischer Krauter

Ja der Nr. 47 der Bären- und Käuzchen-Zeitung ist folgendes Verzeichnis zu lesen:

Vätergeselle,

durchaus fleißig, ehrlich, kein Nichtlindenarbeiter, Facharbeiter der A-Klasse bevorzugt, findet gute, lohnende Stellung mit Familienanschluss.

Starke ertragreiche Gesuche bei Wib an Richard Hausschild,

Romklob, Schlosshofstrasse, Königsberg, Klosterstrasse.

Wir wünschen nur, dass dem antigewerkschaftlichen Vätermeister in Romklob von dem Fuchsleiter der A-Klasse ein sozial kräftiger Stoß versetzt wird, dass er nicht mehr daran denkt, keinen Nichtlindenarbeiter im Intelligenzschiff des Vätermeisters wieder zu verlangen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsmarktes Dresden und Umgegend in der Woche vom 7. bis einschließlich 13. April weiter ungleich verändert. Der täglich steigende Zahl Arbeitssuchender standen nur ganz wenige offene Stellen gegenüber. Die Krise breite sich allmählich auf immer weitere Berufsgruppen aus, so dass jede Möglichkeit einer außerberuflichen Vermittlung Erwerbstüchtiger unterbunden ist. Ansonst ist die Wirtschaft und Vergabe an die in früheren Zeiten in beträchtlichem Umfang großstädtische Erwerbslose aufnahmen, welche gegenwärtig fast völlig aus, da die allgemeine Wirtschaftssituation ihnen allzuviel genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stellt und überdies Nachflüchtlinge bei der Einführung in erster Linie berücksichtigt werden. Eine vorübergehende Belastung des Arbeitsmarktes gelte in der Berichtswoche die Straßen Nr. 4, Sportlerstrasse, beträgt 500 Meter und Nr. 11 450 Meter.

Verein für volkstümlichen Wassersport. Gruppe Altona.

20. April: Technikprüfung, 7½ Uhr, im Volkshaus, Jugendversammlung.

22. April: Wanderung durch das Weizental für Jung und Alt.

23. April: Treffen für Jugendliche Mitglieder am 1. April.

24. April: Spielplatz Altona.

25. April: Volksfest Altona.

26. April: Volksfest Altona.

27. April: Volksfest Altona.

28. April: Volksfest Altona.

29. April: Volksfest Altona.

30. April: Volksfest Altona.

31. April: Volksfest Altona.

1. Mai: Volksfest Altona.

2. Mai: Volksfest Altona.

3. Mai: Volksfest Altona.

4. Mai: Volksfest Altona.

5. Mai: Volksfest Altona.

6. Mai: Volksfest Altona.

7. Mai: Volksfest Altona.

8. Mai: Volksfest Altona.

9. Mai: Volksfest Altona.

10. Mai: Volksfest Altona.

11. Mai: Volksfest Altona.

12. Mai: Volksfest Altona.

13. Mai: Volksfest Altona.

14. Mai: Volksfest Altona.

15. Mai: Volksfest Altona.

16. Mai: Volksfest Altona.

17. Mai: Volksfest Altona.

18. Mai: Volksfest Altona.

19. Mai: Volksfest Altona.

20. Mai: Volksfest Altona.

21. Mai: Volksfest Altona.

22. Mai: Volksfest Altona.

23. Mai: Volksfest Altona.

24. Mai: Volksfest Altona.

25. Mai: Volksfest Altona.

26. Mai: Volksfest Altona.

27. Mai: Volksfest Altona.

28. Mai: Volksfest Altona.

29. Mai: Volksfest Altona.

30. Mai: Volksfest Altona.

31. Mai: Volksfest Altona.

1. Juni: Volksfest Altona.

2. Juni: Volksfest Altona.

3. Juni: Volksfest Altona.

4. Juni: Volksfest Altona.

5. Juni: Volksfest Altona.

6. Juni: Volksfest Altona.

7. Juni: Volksfest Altona.

8. Juni: Volksfest Altona.

9. Juni: Volksfest Altona.

10. Juni: Volksfest Altona.

Staats- und Bezirkshandbank Vogtland

Aktiengesellschaft

Niederlassungen:

Plauen L. V. Auerbach L. V.

Sächsische Staatsbank

Öffentl. rechtl. Bankanstalt unter der Gewähr des Sächsischen Staates

Niederlassungen:

Dresden:

Augustusstr. (Standhaus)

Depositenkasse:

am Hauptbahnhof, Bismarckpl. 24

Zwickau:

Hauptmarkt

Städte- u. Staatshandbank der Oberlausitz

Öffentl. rechtl. Bankanstalt unter der Gewähr der Städte Bautzen, Zittau und der Sächs. Staatsbank

Niederlassungen:

Zittau:

Am Markt

Bautzen:

Theatergasse



Messow & Waldschmidt

Wilsdruffer Straße 11–13

Stets vorteilhafte Angebote in sämtlichen Textilwaren

HERMANN HUBERTY

Prager Straße 6 Dresden Prager Straße 6
Feinste Herren-Massagegeschäft
A parte Herrenmodeartikel

Heinrich Fritzsche

Damenhüte
Trompeterstraße 14

C. Heinrich Barthel

Vornehme Damenhüte
Dresden, Waisenhausstr. 30



Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein

25 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen



BIOX Zahnpasta

Buchdruckerei Kaden & Comp.

Dresden-A., Wettinerplatz 10 — Tel. 25261
drucken alle im geschäftlichen und privaten
Verkehr erforderlichen Drucksachen
Rotation — Stereotype — Buchbinderei

Inserate haben großen Erfolg in der Dresdner Volkszeitung

Emil Klink Nachf. Haeußler & Sachse,

Waisenhausstr. 7
Fernspr. 27185

Geschäftsbücherfabrik — Papiergroßhandlung

Sächs. Papierrollen - Fabrik

Jacob David, Wettinerstraße 84 Fernspr. 17810
Packpapiere 17945

Wollwarenhaus „Saxonia“

Wilsdruffer Str. 44 u. Käferstrasse 5

Spezialwaren
für Strumpfwaren, Handschuhe, Tricotwaren,
Wollwaren, Wäsche, Seifen, Kerzen,
Artikel, Strick- und Häkelgarne

Schilling & Hann

Käferstrasse 19 Dresden Ritterstrasse 19

Wachs- und Ledertuchwaren-Fabrik
Linoleum, Wachstuche, Gummistoffe
etc.

Georg Münch

Gruner Straße 31

Butter-, Margarine- und
Fettwaren-Großhandlung

E. Arthur Hacke, Friedrich-

Strasse 93 Schalwelle, Kothaus, Knechen

Die billigste Einkaufsquelle für

Seifen, Seifenpulver

Schmierseife usw.

Versandhaus Ally, Dresden

Stiftsstraße 10 — Tel. 17811

Spezialität: Oranienburger Seife

Werbet für Gold & Weiß, Fabrik

Centrale Sächsischer Mühlen-Vereinigungen

G. m. b. H.
Dresden, Bismarckplatz 11

Wirtschaftliche Organisation zum Zwecke einer Vertiefung der Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher und tunlichster Verbilligung der Fabrikate. — Die Verkaufsgesellschaft der Mühlenzentralen Sachsen/Schlesien G. m. b. H., Sitz Dresden, liefert Weizen- und Roggenmehle in anerkannt hochwertiger Qualität